

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 18.03.2010

Ort: Technisches Rathaus, Hansering 15, Raum 139, 06110 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	17:00 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	17:00 Uhr bis 17:30 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:00 Uhr bis 19:55 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	
Herr Raik Müller	CDU	Vert.: Frau Dr. Wünscher

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Wehrich übergab folgende Änderungsanträge zum Haushalt:

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsplan 2010 (V/2009/08484) hier: Haushaltsstelle 1.5810.516000 - Unterhaltung der Grünanlagen (Mittelerhöhung 120 T€ zu Gunsten des Erhalts und zur Bestandspflege von Spielplätzen)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushaltsplan 2010 (V/2009/08484) hier: Unterabschnitt 2.6300 (Mittelerhöhung um 120 T€ für den Ausbau des Saaleradwanderwegs zwischen Planena und der Stadtgrenze bei Rattmannsdorf sowie 80 T€ Planungsleistungen für weiteren Ausbau des Saaleradwanderwegs)

Ergebnis:

Die Mitglieder nahmen die Änderungsanträge zur Kenntnis, werden diese in ihren Fraktionen beraten; Wiedervorlage der Änderungsanträge zur Abschlussberatung des Haushaltes im Finanzausschuss.

Herr Wolter wies darauf hin, dass der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale) Vorlage: V/2010/08685 fristgerecht versandt wurde, jedoch nicht in die Tagesordnung aufgenommen wurde.

Die Verwaltung bat, den

Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 des Eigenbetriebes Zentrales
GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/08685

in die Tagesordnung als TOP 3.2 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis über die Ergänzung der Tagesordnung um Punkt 3.2:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis für die ergänzte Tagesordnung:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende ergänzte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Beschlussvorlagen
 - 3.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Dezernat II - Planen und Bauen
Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement
Vorlage: V/2009/08484
 - 3.2. Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2010 des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2010/08685
4. Anträge von Fraktionen und Stadträten

5. schriftliche Anfragen von Stadträten
6. Mitteilungen
7. mündliche Anfragen
8. Anregungen

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008 Dezernat II - Planen und Bauen Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Vorlage: V/2009/08484

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Frau Dr. Wünscher, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Misch, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Pohlack, Herr Geier, Herr Bielecke, Frau Ruhl-Herpertz, Herr Johannemann (Umweltamt), Frau Ströhl, Herr Rost und Herr Schmoll.

8400 Unternehmen der Wirtschaftsförderung (Zuschuss an MMZ)

Aufgrund einer Nachfrage erläuterte Herr Dr. Pohlack, dass die Auskömmlichkeit des Zuschusses in Höhe von 90 T€ mit BMA geprüft wurde und im Moment davon ausgegangen werde, dass diese gegeben sei. Es werde zurzeit und voraussichtlich in den nächsten 5 Jahren nur ein Teil der Abschreibungen dargestellt. Für städtische Immobilien stünden noch geringere finanzielle Mittel zur Verfügung. Ein höherer Zuschuss sei aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht möglich.

Herr Dr. Pohlack bestätigte, dass diese Verfahrensweise noch nicht mit dem Aufsichtsrat des MMZ abgestimmt sei. Die Abschreibungen werden nicht dargestellt und von der Stadt mit dem Zuschuss ausgeglichen, sondern gegen das Eigenkapital als Verlust gebucht. Die Höhe des Eigenkapitals sei ca. 34 Mio. €. Der Aufsichtsrat habe zwar einen anderen Beschluss gefasst. Es wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass der Beschluss einer Diskussion mit dem Gesellschafter bedarf. Die Information in der heutigen Sitzung erfolge vorab einer neuen Aufsichtsratssitzung, die so schnell wie möglich anberaunt werde. Ziel sei es, dass sich das MMZ in den nächsten 5 Jahren so entwickelt, dass ein städtischer Zuschuss nicht mehr nötig ist.

Herr Geier fügte an, dass die Verfahrensweise der Verlustbuchung gegen das Eigenkapital zulässig und rechtlich möglich sei.

Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement (inklusive Diskussion Wirtschaftsplan)

Auf Nachfrage erläuterte Herr Bielecke, dass aufgrund neuer Rechtsgrundlagen die Brandschutzsicherung im Keller des Ratshofes einen größeren Umfang erhalte. Die Sanierung werde in 8 Abschnitte unterteilt und nach und nach realisiert.

Zur Durchführung von baulichen Maßnahmen auf Friedhöfen wurde erläutert, dass diese in den einzelnen UA von den zuständigen Ämtern geplant werden und der EB ZGM mit der Umsetzung beauftragt werde.

Auf Nachfrage, wie der Investitionsrückstau bei städtischen Gebäuden in Höhe von 180 Mio. € abgebaut werden soll, führte Herr Bielecke aus, dass zurzeit die Bilanz des EB noch ausgeglichen sei, weil ca. 7 - 8 Mio. € für die dringendsten Maßnahmen gegen das Eigenkapital gebucht werden. Dieser Vermögensverzehr könne jedoch nur eine Zwischenlösung sein, da sie wirtschaftlich nicht sinnvoll ist. Bei der finanziellen Ausstattung könne nur eine Notbewirtschaftung vorgenommen werden.

(17:00 Uhr - Herr Dr. Meerheim übergab die Sitzungsleitung an Herrn Bönisch.)

Herr Dr. Pohlack wies darauf hin, dass in der gestrigen Sitzung des Eigenbetriebsausschusses sehr ausführlich dargestellt wurde, wie mit dem Verlust in Höhe von ca. 8 Mio. € umgegangen werde. Wenn die Stadt in der Lage ist, notwendiges Kapital zur Verfügung zu stellen, dann sei ein sofortiger Beginn der Sanierungsarbeiten möglich. Diese Situation ist seit der Gründung nie eingetreten. Die Kommunalaufsicht habe beanstandet, dass die Abschreibungen nicht ordentlich gebucht wurden. Deshalb sei das Sondervermögen in die Stadt Halle (Saale) zurückgegliedert worden und der EB ZGM bekommt ein Serviceentgelt für seine Leistungen. Bei größeren Baumaßnahmen werden die Mittel in den entsprechenden UA des städtischen Haushalts eingestellt und dem ZGM zur Verfügung gestellt.

Herr Geier betonte, dass die Ursachen der heutigen Probleme in der Gründungsphase des EB ZGM zu finden seien. In anderen Städten wurden konsequent alle Objekte in das ZGM übertragen. In Halle gebe es bei verschiedenen Gebäuden Abgrenzungsschwierigkeiten. In Jena wurden dem Eigenbetrieb die Gebäude übergeben, wie sie standen und lagen, inklusive 45 Mio. Euro Startkapital, damit der EB selbst wirtschaften und die Einschätzung der Prioritäten vornehmen konnte. Stufenweise wurde eine Vollkostenmietkalkulation mit der Stadt eingeführt. Mit der Einführung der Doppik werde die Problematik der AfA deutlicher. Ziel müsse trotzdem eine in sich ausgeglichene Wirtschaftsführung sein.

Herr Bielecke erläuterte, dass das Serviceentgelt in Höhe von 1,32 € auf den Ressourcenverbrauch an Flächen für die Verwaltungseinheiten umgelegt werde und die Herauslösung des sogenannten Hauptamtes bereits Berücksichtigung gefunden habe.

Herr Dr. Pohlack führte aus, dass der EB ZGM für die Verrichtung von Nichtgebäudemanagementleistungen einen Zuschuss in Höhe von 1,9 Mio. € erhalten habe. Diesen bekomme es jetzt nicht mehr. Bei der Herauslösung des sogenannten Hauptamtes werden die Personal- und Sachkosten mit der übergehenden Personalanzahl multipliziert und der Zuschuss dementsprechend gekürzt, um eine kostenneutrale Situation herzustellen. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Summe für die Verbesserung des Zustandes der Gebäude zu niedrig sei. Die der Stadt Halle (Saale) insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel müssen jedoch so gut es geht verteilt werden. Die Verantwortbarkeit zieht sich durch den gesamten Haushalt. Die Verwaltung müsse weiter daran arbeiten, dass das FAG so geändert wird, dass die Kommunen entsprechend ihrer Aufgabenübernahme die Zuschüsse erhalten.

Bezüglich der Personalkosten informierte Herr Bielecke, dass bereits im Gutachten der Firma Rauschenbach in einigen Bereichen qualifizierterer Personalbedarf angezeigt wurde. Es werde bei der Einstellung von ausgebildetem Personal auf die kommunalen Wohnungsgesellschaften zurückgegriffen, die nicht alle Auszubildenden übernehmen. Zukünftig strebe der EB ZGM die Ausbildung in einem dualen Studium als Diplomimmobilienwirte an. Die Struktur des Eigenbetriebes wurde deutlich verschlankt.

Im Hinblick auf die Reinigungskosten erläuterte er, dass der EB ZGM an den Vertrag mit der Stadtwirtschaft, der ca. vor einem Jahr verlängert wurde, gebunden sei. Die Vergünstigungen im Preis werden an die Stadt durchgereicht.

Die Bäderübertragung habe keine konkreten Auswirkungen an den EB ZGM, da lediglich ingenieurtechnische Leistungen von einem Mitarbeiter erbracht wurden, der nicht mehr beim Eigenbetrieb beschäftigt sei.

Was den Haustarifvertrag anbetrifft, führte Herr Bielecke aus, dass dieser ausgelaufen sei und jetzt zu ähnlichen Konditionen Einzelverträge mit einzelnen Mitarbeitern abgeschlossen wurden.

Herr Bielecke betonte, dass die 3. Variante des Wirtschaftsplanes zur Beschlussfassung empfohlen werde – siehe auch die Ausführungen in der Begründung.

Abstimmung Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

einstimmig zugestimmt

Amt 31 Umweltamt

1200 Umweltschutz

Die Verwaltung wurde um Beantwortung der Frage gebeten, warum 3 Stellen zusätzlich (lt. Stellenplan) nur einen so geringen Personalkostenaufwuchs nach sich ziehen?

Herr Wehrich informierte, dass im Ordnungs- und Umweltausschuss ein Beschluss über Veränderungen der Zuschüsse für übrige Bereiche bezüglich der Mediathek gefasst wurde.

Es wurde darauf hingewiesen, dass alle Änderungsanträge bzw. Beschlüsse von Fachausschüssen, die Änderungen in den Ansätzen nach sich ziehen, in der Abschlussberatung behandelt werden.

VMH Umweltamt

Auf Nachfrage erläuterte Herr Johannemann zu den Altbergbaurestlöchern, dass vorsorgliche Eigenmittel in der Regel zur Gefahrenabwehr eingestellt werden.

Frau Ruhl-Herpertz betonte, dass dieser Eigenmittelanteil geplant werden müsse und verwies auf die Vorkommnisse in Nachterstedt. Im Bereich des Hufeisensees sei ein gewisses Gefahrenpotential gegeben, welches durch die LMBV überprüft werde.

Herr Johannemann fügte an, dass aber auch ein konkretes Projekt geplant sei: die Wasserhaltung des Heidesees betreffend. Das Sumpfungswasser, welches zurzeit in das Kanalnetz geleitet werde, soll in das Gebiet Heide-Süd geleitet werden.

Herr Johannemann sagte zu, dass über die Frage der Flächennutzung z. B. für Solaranlage gesondert im Fachausschuss informiert wird.

Amt 61 Stadtplanungsamt

6150 Stadtsanierung

Die Verwaltung wurde um eine Begründung gebeten, warum die Personalausgaben in diesem Unterabschnitt so steigen.

7920 Förderung des öffentl. Personennahverkehrs (nur Bew. 082)

Frau Grimmer erläuterte, dass die Höhe der geplanten Zuweisungen vom Land auf einer vorübergehenden Annahme beruhe. Die gültige Zahl werde vom Land erst im April bekannt gegeben. Die Kürzung des Ansatzes erfolge vor dem Hintergrund des Handelns als vorsichtiger Kaufmann.

VMH Stadtplanung

Zu den dezentralen Einnahmen aus der Veräußerung von Gebäuden und Grundstücken erläuterte Frau Grimmer, dass diese Einnahmen aufgrund der Veräußerung von Grundstücken im Sanierungsgebiet erzielt wurden und diese Einnahmen auch zwingend im Sanierungsgebiet wieder eingesetzt werden müssen.

Bezüglich der geplanten Spendeneinnahmen werden im Moment noch mit den potentiellen Unternehmen verhandelt.

Amt 62 Stadtvermessungsamt

6110 Vermessung und Geodaten

Die Diskussion drehte sich um die Frage, ob es für die Verwaltung wirtschaftlich sinnvoll sei, ein Stadtvermessungsamt vorzuhalten. Herr Metzler informierte über einige Argumente für die Wichtigkeit des Bestandes des Amtes. Im Ergebnis wurde die Verwaltung um die Beantwortung gebeten, warum Halle dieses Amt haben sollte.

Weiterhin wurde die Verwaltung um die Darstellung des allgemeinen Verfahrens zu den Nachzahlungen aus der Bewirtschaftung aus Vorjahren gebeten.

Zu den geplanten Einnahmen führte Herr Metzler aus, dass diese sich im Wesentlichen aus Vereinbarungen mit den Versorgungsunternehmen generieren. Ziel seien einheitliche Unterlagen.

Amt 63 Amt für Bauordnung und Denkmalschutz

6200 Wohnungsförderung

Die Verwaltung wurde um eine Erläuterung der Personalkosten gebeten.

Herr Dr. Hannuschka erläuterte auf Anfrage die Aufgaben dieses Bereiches.

VMH

Zu den Darlehnsrückflüssen aus dem übrigen Bereich erläuterte Herr Dr. Hannuschka, dass es sich um Darlehen für die Schaffung von Wohnraum handele, die in Höhe von 5 Mio. € Anfang der Neunziger Jahre ausgereicht wurden. Die Ausreichung an die Investoren sei an eine Mietpreisbindung geknüpft gewesen. Diese Mittel werden jetzt zurückgezahlt. Im Jahr 2013 sei mit den letzten Raten zu rechnen.

Stabsstelle 600 Bauverwaltung
6000 Stabsstelle Bauverwaltung

Bezüglich des falschen Ansatz des Serviceentgeltes in 2009 wurde darauf hingewiesen, dass eine kurze Erläuterung die Erörterung dieser Frage erspart hätte.

Amt 66 Straßen- und Tiefbauamt

6300 Gemeindestraßen

Auf Nachfrage erläuterte Frau Ströhl, dass die Sondernutzungsgebühren durch das Ordnungsamt bewirtschaftet werden. Es handelt sich um eine haushaltsneutrale Veränderung der Zuordnung der Einnahme. Ab dem Jahr 2011 werde diese im Ordnungsamt sichtbar.

Zu den Ausgaben der Straßenunterhaltung führte Herr Heinz aus, dass von den ca. 2,4 Mio. € für die reine Straßenunterhaltung weniger verbleiben, da der Winterdienst ca. 300 T € mehr gekostet habe. Zurzeit werde verwaltungsintern eine Lösung gesucht, wie die Winterschäden der Straßen mit einem Finanzierungsbedarf von über 4 Mio. € gedeckt werden können.

Die weitere Diskussion drehte sich um die Fragen der vorhandenen Gefahrenabwehr und des Versicherungsschutzes. In deren Ergebnis wurde die Verwaltung bis zur Abschlussberatung um Überprüfung gebeten, welche Ausgaben sie für dringend notwendig erachtet, um den investiven Bereich vertretbar auszustatten. Welches Verwaltungshandeln ist notwendig, um diese Ausgaben zu realisieren?

6500 Kreisstraßen

Die Verwaltung wurde um Beantwortung folgender Frage gebeten: Ist die Einsparung realistisch? Wenn nein, in welcher Höhe müsste ein realistischer Ansatz eingestellt werden?

6650 Landesstraßen

Die Verwaltung wurde um Beantwortung folgender Frage gebeten: Ist die Einsparung für die Unterhaltung der Fahrbahnmarkierungen und der Absperrungen realistisch? Wenn nein, in welcher Höhe müsste ein realistischer Ansatz eingestellt werden?

6700 Straßenbeleuchtung

Herr Dr. Pohlack avisierte eine Vorlage zur vergaberechtlichen Entscheidung nach der Sommerpause.

(19:30 Herr Bönisch gab an Herrn Krause die Sitzungsleitung.)

6750 Straßenreinigung (bis 2009 im Amt 32)

Bezüglich der Hundetoiletten wurde die Verwaltung um Auskunft gebeten, ob die Leerung über den Rahmenvertrag mit der Stadtwirtschaft geregelt sei und ob für diese Aufgabe ein fester Betrag veranschlagt wurde?

6900 Wasserläufe, Wasserbau

7630 Bedürfnisanstalten

Herr Heinz verwies bezüglich der Bedürfnisanstalten auf die Antwort für die Stadtratssitzung.

VMH Amt 66

Zu den Einnahmen für das Projekt Gimritzer Damm führte Herr Heinz aus, dass es das Ziel der Verwaltung sei, nach Entflechtungsgesetz, mit Verkehrsministerium eine 80 %ige Förderung zu erreichen.

Amt 67 Grünflächenamt

5810 Öffentliche Anlagen

Es wird um folgende Zuarbeit gebeten:

- Wie hat sich die Größe der zu pflegenden Grünflächen in den letzten (3) Jahren verändert?
- Wie hat sich der Haushaltsansatz verändert?
- Wie hat sich das IST verändert?
- Falls sich die Fläche erhöht und sich die Mittel verringert haben - Welche Konsequenz hatte diese Entwicklung auf die Pflege der Grünflächen?

7500 Friedhöfe

Betreffs der weniger eingeplanten Mittel für Baumpflegemaßnahmen erläuterte Herr Rost, dass im letzten Jahr 100 T € mehr für diese Maßnahmen aufgrund der Dringlichkeit ausgeben wurden und der geplante Ansatz im Jahr 2010 auskömmlich sei.

8550 Stadtwald

Was den Holzverkauf anbetrifft, erläuterte Herr Schmoll, dass das Ist 2009 = 82 T € betragen habe. Herr Rost fügte an, dass in den vergangenen Jahren kritisiert wurde, dass zu viel Holz verkauft wurde. Aufgrund fachlicher Einschätzung sei die Holzbewirtschaftung geplant und zu vertreten.

VMH

7500 Friedhöfe

Die Verwaltung wurde um Beantwortung folgender Frage gebeten:

- Wie geht die Stadt mit dem schlechten Zustand des Wirtschaftsgebäudes auf dem Südfriedhof um?
- Warum wurden für 2010 keine Mittel (analog 2009) eingestellt?
- Wie viel Mittel müssten eingestellt werden, um die Auflagen der Gewerbeaufsicht zu erfüllen?

Herr Dr. Pohlack wies am Ende der Haushaltsdiskussion des Dezernates II darauf hin, dass auch die Verwaltung noch sehr viele Positionen sehe, bei denen eine Mittelerhöhung wünschenswert und dringlich wäre. Die Diskussion müsse jedoch in allen Bereichen vor dem Hintergrund der äußerst angespannten Haushaltslage geführt werden.

zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 Mitteilungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden auf Nachfrage keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 7 mündliche Anfragen

Herr Wolter bat die Verwaltung um eine Gesamtdarstellung der Kosten für die Bewirtschaftung.

zu 8 Anregungen

Herr Wolter gab die Anregung, dass die Verwaltung Priorität auf die Erstellung der Niederschriften der Fachausschüsse legen solle, damit eine ordentliche Sitzungsdurchführung - besonders in der Abschlussberatung gewährleistet werden kann.

Herr Wolter regte an, zukünftig nicht den Raum 139 im Hansering zu nutzen, sondern aufgrund der Platzverhältnisse nach Alternativen zu suchen.

Johannes Krause
Mitglied des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin